Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe einzelner Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unsr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 207. Sonnabend den 26. Juli 1890. 84. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 27. Juli,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit **vom 14. Juli bis 20. Juli dss. J.** im Argandbrenner bei 2,5 Millimeter Druck und 150 Litern stündlichem Consum das 18,5fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0,455.

Leipzig, am 21. Juli 1890.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Bekanntmachung.

Die Herstellung der 2. südlichen Vorfluthschleuße von der Brandvorwerks- bis zur Plagwitzer Straße soll an einen oder mehrere Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen oder, was die Bedingungen anlangt, gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 1 ℳ, welche event. in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt **und mit der Aufschrift: „Bau der 2. südlichen Vorfluthschleuße betr."** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 8. August d. J. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, **sämmtliche Angebote** abzulehnen.

Leipzig, **den 15. Juli 1890.**

Des Raths der Stadt Leipzig
Ib 3930. **Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Der Bezirksverband Leipzig-Land beabsichtigt, **das ihm gehörige,** an der Kirchbergstraße zu Möckern gelegene **Grundstück Nr. 54** des Brandcatasters, welches seither Bezirksarmenzwecken gedient hat, freihändig zu verkaufen.

Dasselbe besteht aus einem **geräumigen Vordergebäude** mit Keller, Erd- und Obergeschossen, einem Stallgebäude und einem großen, schön gelegenen, an ein Villengrundstück angrenzenden Garten mit herrlicher Aussicht auf die Elsteraue.

Die Flächengröße des gesammten Grundstücks beträgt 3487 qm.

Kaufgebote bittet man spätestens bis zum 1. September dieses Jahres an die unterzeichnete Amtshauptmannschaft gelangen zu lassen.

Wegen einer Besichtigung des Grundstücks wolle man sich an den in letzterem wohnenden Hausverwalter Herrn Rüßlemann wenden.

Leipzig, **am 21. Juli 1890.**

Königliche Amtshauptmannschaft.
Platzmann. **Wdtr.**

Handelskammer zu Leipzig.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß
Herr Referendar a. D. **Franz Puder**
zum zweiten Secretair der Handelskammer hier **gewählt und vom** Rathe der Stadt Leipzig **verpflichtet worden ist.**

Leipzig, den 23. Juli 1890. **Die Handelskammer.**
A. Thieme,
stellv. Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Zum Behuf der gegen Ende jedes akademischen Halbjahres zu bethätigenden **Revision der Universitäts-Bibliothek** werden die Herren Studirenden, welche Bücher aus derselben entliehen haben, aufgefordert, diese

am 28., 30. und 31. Juli

gegen Zurückgabe der Empfangsbescheinigungen abzuliefern.

Die Ablieferung wird in der Weise zu geschehen haben, daß diejenigen, deren Namen mit einem der Buchstaben A—H anfangen, am 28. Juli, die, deren Namen mit einem der Buchstaben J—R beginnen, am 30. Juli, und die Uebrigen am 31. Juli (früh zwischen 10 und 1 Uhr) abliefern.

Alle übrigen Entleihen **werden aufgefordert, die an sie verliehenen Bücher**

am 4., 5. und 6. August

(während der gewöhnlichen Oeffnungsstunden) **zurückzugeben.**

Während der Revisionszeit (28. Juli bis 13. August incl.) können Bücher nicht ausgeliehen werden. Ebenso muß während derselben das Lesezimmer geschlossen bleiben.

Leipzig, **den 23. Juli 1890.**

Die Direction der Universitäts-Bibliothek.
Dr. Krehl.

Internationale Schiedsgerichte.

Der Gedanke, die Kriege in Zukunft durch internationale Schiedsgerichte zu ersetzen, ist alt, und schon General Grant, der Sieger von Richmond, hat sich lebhaft für denselben interessirt. Man kann jedoch nicht sagen, daß die Praxis der Theorie entspräche, denn Schiedsgerichte sind immer bei Angelegenheiten von untergeordneter Bedeutung zur Anwendung gelangt und bei solchen, wo die einander gegenüberstehenden Kräfte zu ungleich waren, als daß eine kriegerische Lösung der Streitfrage einen Sinn gehabt hätte. Wenn das Deutsche Reich z. B. die Entscheidung über den Streit wegen der Carolineninseln dem Papst übertragen hat, so war das nur eine geschickte Form, um eine Sache aus der Welt zu schaffen, die den darüber erhobenen Lärm nicht werth war. Was hätte Holland Besseres thun können, um den Streit mit Frankreich wegen Surinams beizulegen, als einen Schiedsrichter anzunehmen? Derselbe Fall ist es in der Streitsache zwischen England und Portugal wegen des Schirrgebietes und wegen der Delagoabahn. In allen solchen Differenzen haben sich Schiedsgerichte als eine sehr schätzbare Einrichtung bewährt, aber die Einrichtung hat ihre Grenzen und man darf es mit voller Ueberzeugung aussprechen, daß Existenzfragen zwischen Großmächten niemals auf anderem Wege zum Austrage gebracht werden können als auf dem der Gewalt. Welches Schiedsgericht wird den Rachedurst der Franzosen gegen Deutschland kühlen? oder wem soll die Entscheidung darüber zufallen, ob Rußland auf Konstantinopel Verzicht leisten oder der Sultan dem Kaiser von Rußland seinen europäischen Besitz freiwillig abtreten soll?

Der Krieg ist eine Folge der Unvollkommenheit aller menschlichen Einrichtungen, er ist unter gewissen Umständen ebenso wenig zu vermeiden wie eine Revolution. Eine schlechte und ihrer Aufgabe nicht gewachsene Regierung wird auf die Dauer von keinem Volke ertragen, und der Uebermuth eines eroberungssüchtigen Nachbarn kann auch nur gewaltsam in seine Schranken gewiesen werden. Die Voraussetzung der Wirksamkeit von internationalen Schiedsgerichten ist die Anerkennung ihrer Urtheile durch die streitenden Parteien. Schon zur Einsetzung von Schiedsgerichten ist die Zustimmung aller Mächte nöthig, wie ist diese aber zu erlangen? Wenn Kaiser Wilhelm eine internationale Conferenz zur Berathung und Beschlußfassung über allgemeine Maßregeln zum Schutze der Arbeiter anregt, so ist die Wahrscheinlichkeitvorhanden, daß sich alle Mächte an der Conferenz betheiligen werden, aber es ist wohl noch niemals daran gedacht worden, daß der deutsche Kaiser eine Conferenz zum Zweck der Einsetzung internationaler Schiedsgerichte in Vorschlag bringen könnte. Jedoch, selbst angenommen, daß eine solche Einladung an die Mächte erfolgte und daß sie Zustimmung fände, so wäre doch der Sache des Friedens damit kaum gedient, denn man würde diese Gerichte als eine leere Form betrachten, zumal wenn damit nicht eine allgemeine Abrüstung verbunden würde. Wenn Frankreich geneigt wäre, seine Entschließung über Krieg und Frieden einem Schiedsgericht anheimzustellen, dann würde es nicht die allgemeine dreijährige Dienstpflicht eingeführt und seine Armee auf die jetzige ganz außerordentliche Höhe gebracht haben. Die Worte „Abrüstung" und „Internationale Schiedsgerichte zur Vermeidung von Kriegen" werden von Mächten wie Frankreich etwa in demselben Sinne gebraucht, wie Goldene Zeit und „Paradiesische Zustände", es läßt sich dagegen vom idealen Standpuncte nichts einwenden, aber sie lassen sich nicht in die reale Wirklichkeit übertragen. Es ist dieser Schwierigkeit auch nicht auf systematischem Wege beizukommen, weil durch Systeme niemals Thatsachen beseitigt werden können. Es ist noch kein Mittel entdeckt worden, wie die verderblichen Wirkungen von Seestürmen oder von Cyklonen auf dem Lande vermieden werden können. Elementare Ereignisse treten plötzlich und mit so unwiderstehlicher Gewalt auf, daß es dagegen keine Hilfe giebt.

Auch der Sturm in der Menschenbrust ist ein elementares Ereigniß. Es fällt ein Wort in einer Versammlung oder ein Buch spricht das aus, was viele Tausende seit langer Zeit empfunden, ohne darüber selbst zur Klarheit gelangen zu können. Plötzlich ist diese Klarheit da, das gesprochene oder geschriebene Wort zündet und ein ganzes Volk geräth dadurch in eine unbeschreibliche Aufregung, alle seine Kräfte concentriren sich auf ein bestimmtes Ziel, und wenn die Bewegung nicht rechtzeitig in gesetzliche Schranken eingedämmt wird, so überstürzt sie alle vorhandenen Schutzwehren und setzt die Leidenschaft an die Stelle der ruhigen Bewegung. Eine solche Wirkung hat der Contract social Rousseau's gehabt; so war es im Jahre 1848, als der deutsche Einheitsgedanke sich gewaltsam Bahn brach, so war es auch im Jahre 1870, als das deutsche Volk in Waffen unter Absingung der Lieder „Die Wacht am Rhein" zur Abwehr welschen Uebermuthes nach Frankreich zog und Sieg auf Sieg errang, um endlich einen den gebrachten Opfern würdigen Frieden zu schließen.

Wohl keiner der Vertreter des Gedankens „Internationaler Schiedsgerichte", die in London ihre Meinung ausgetauscht haben und sich mit dem Rufe: „Auf Wiedersehen in Rom!" trennten, hat die Möglichkeit angenommen, daß Frankreich von einem neuen Kriege durch einen internationalen Schiedsspruch abgehalten werden könnte, keiner von ihnen glaubt, daß Rußland von einem Kriege zur Eroberung Konstantinopels durch das gleiche Mittel verhindert werden könnte. Es ist gewiß ein löbliches Beginnen, im Interesse der Aufrechthaltung des Friedens thätig zu sein, aber in diesem Falle ist das Mißverhältniß zwischen Wollen und Können zu groß, als daß die Bestrebungen der Friedensfreunde das allgemeine Interesse erwecken könnten. Wenn ein genialer Staatsmann dieses Ziel durch politische Schachzüge erreicht, wenn er durch seine Geschicklichkeit einen Bund zusammenbringt, welcher durch seine Macht geeignet erscheint, die Friedensstörer zur Unthätigkeit zu nöthigen, so ist das ein Erfolg, dessen wir uns zu erfreuen alle Ursache haben. Der Dreibund ist seit seinem Bestehen eine Art internationalen Schiedsgerichts in Europa. Seinem Spruche: „Der Friede darf nicht gestört werden" hat man bisher Folge geleistet, wahrlich nicht aus Friedensliebe, sondern weil der Sieg unter den bestehenden Verhältnissen zu ungewiß ist, um die Existenz eines großen Staates aufs Spiel zu setzen. Solche Bündnisse sind die sicherste Friedensbürgschaft, nur haben sie leider die höchste Kriegsbereitschaft zur Voraussetzung. Das ist ein Uebelstand, aber unter diesem leiden die Feinde des Friedens ebenso und noch mehr als die Freunde.

Uns will es scheinen, daß es weit zweckmäßiger ist, mit gegebenen Thatsachen zu rechnen, als Phantasiegebilden nachzustreben, die nach menschlicher Beurtheilung niemals zur Wirklichkeit werden können. Ein Starker wird stets in der Lage sein, den Streit zwischen zwei Schwächeren zu verhindern oder zu beenden, aber der Streit der Mächtigen ist durch keine wohlmeinenden Vorstellungen, unter welche dann auch die Urtheile internationaler Schiedsgerichte zu zählen wären, zu schlichten. Wenn der Mächtige nicht selbst einsieht, daß er besser thut, Frieden zu halten, dann giebt es keine Instanz, welche ihn zwingen könnte, seinen Willen zu bezähmen als eines noch Mächtigeren. Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien verfügen zwar nicht über die gleiche Truppenzahl wie Frankreich und Rußland, aber bei einem Kampfe auf Leben und Tod kommen doch noch andere Dinge in Betracht, z. B. die moralische Kraft eines Volkes, der Gedanke, welcher ein großes Volk beseelt, und das gute Recht, was ihm zur Seite steht. Solche Kräfte bilden die beste Gewähr für Aufrechthaltung des Friedens.

Leipzig, 26. Juli.

* Die Forderung, welche der Sultan von Zanzibar, mit dem bereits Unterhandlungen eingeleitet sind, für die Abtretung des Küstenstreifens erhebt, ist nach orientalischem Gebrauch so hoch, daß, wie die „Post" aus Colonialkreisen hört, ernsthaft darüber nicht discutirt werden kann und die Klausel des Vertrages vom 1. Juli angezogen werden muß, wonach England seinen ganzen Einfluß aufbieten muß, um eine Verständigung herbeizuführen.

* Wie bereits telegraphisch gemeldet, richtete zur Betriebseröffnung der deutschen Ostafrika-Linie der Herr Staatssecretair des Reichspostamtes ein Telegramm an den Vorsitzenden des Aufsichtsrathes, Herrn Adolph Woermann. Dasselbe lautet:

„Heute, wo der erste Reichspostdampfer von Hamburg seine Anker auf der Elbe lichtet, um sie in den Gewässern von Deutsch-Ostafrika wieder zu werfen, sende ich der Rhederei meinen herzlichsten Glückwunsch zu diesem raschen Erfolge ihrer Thatkraft und Beharrlichkeit; der erste Dampfer dieser auf das Gedeihen unseres kaiserlichen Herrn hergestellten directen Verbindung zwischen Mutterland und Colonien wird von unseren an jenen Gestaden wirkenden Brüdern mit Jubel und patriotischer Freude begrüßt werden.

v. Stephan."

Möge — so bemerkt anläßlich dieses Glückwunsches der „Hamburger Correspondent" — der Linie, welche ihren Betrieb unter so trefflichen Wünschen, denen wir uns von ganzem Herzen anschließen, beginnt, eine vorzügliche Zukunft beschieden sein.

* Seitens mehrerer Regierungspräsidenten Preußens sind Erhebungen darüber veranlaßt worden, ob und in welchem Umfange die Kranken- und Unfallversicherungsgesetze für Arbeiter eine Verminderung der öffentlichen Armenlasten herbeigeführt haben. Dem Vernehmen nach haben die bisherigen Ermittlungen ergeben, daß eine derartige Verminderung nicht eingetreten ist.

* Die Magistrate der preußischen Ostprovinzen wurden, wie aus Berlin gemeldet wird, aufgefordert, sich darüber zu äußern, ob es zweckmäßig sei, die Städteordnung dahin abzuändern, daß die Zulässigkeit der zeitlichen Verbindung der Ergänzungs- und der Ersatzwahlen ausgesprochen wird.

* Man schreibt der „Post" aus Marinekreisen:

Ueber den Besuch des französischen Contre-Admirals Planche in Kiel sind Nachrichten durch die Presse gegangen, die der Berichtigung bedürfen. Der Contre-Admiral Planche ist Chefcommandant der französischen Seestation von Island (Schutz der dortigen französischen Fischer); er traf, aus Toulon kommend, mit seiner Gemahlin und Begleitung am letzten Freitag in Kiel ein, wo er bis zum Sonntag im Hotel zum Kronprinzen logirte. In der Nacht zum Montag reisten der Admiral nebst Gemahlin mit dem dänischen Dampfer nach Korsör-Kopenhagen, wo sie am anderen Morgen eintrafen und im Hotel „Kongen af Dannmark" Wohnung nahmen. Der Admiral wird sich an Bord des bereits längere Zeit in Kopenhagen liegenden französischen Aviso „La Mourite" auf seine Station begeben.

Die Mittheilung, daß der Admiral mit Erlaubniß des Chefs der Marinestation der Ostsee, Vice-Admiral Knorr, die Festungsanlagen zu Friedrichsort besichtigt habe, ist durchaus unrichtig, da der Marinestation die Anwesenheit des französischen Officiers officiell absolut nicht bekannt war.

* Vom Herrn Pastor Zahn geht der „Post" mit dem Ersuchen um Aufnahme folgende Erwiderung auf das letzte Schreiben des Herrn v. Gravenreuth zu:

Zu meinem lebhaften Bedauern sehe ich aus einer Erklärung des Freiherrn von Gravenreuth, daß mein Artikel in der „Kieler-Zeitung" vom 15. Juli dem Herrn von Wissmann einen neuen Fieberanfall eingetrieben habe. Daß ich den Knittel schrieb, kann ich kennen nicht bedauern. Herr v. Wissmann hat, schon krank, gegen einzelne Personen, wie Dr. Merneck, und gegen die evangelische Mission schwere Anklagen öffentlich ausgesprochen. Diese sind von vielen Zeitungen wiedergegeben; Andere, wie die Herren Borchert und Cassati, haben sich dadurch veranlaßt gesehen, ihre Zustimmung zu denselben auszusprechen; der Mission ungünstige Zeitungen haben das Urtheil des Herrn Reichscommissars gegen die Mission verwerthet. Kein billig denkender Mann wird verlangen, daß die Freunde der Mission unter diesen Umständen aus Rücksicht auf die Krankheit des Herrn v. Wissmann diese Urtheile unwidersprochen ihre Wirkung thun lassen sollten. Wie viel derselbe schon jetzt von den Entgegnungen lesen dürfe, mußten die Pfleger des Leidenden wissen. Die Freunde der Mission hatten nur zu berücksichtigen, ob es im Interesse der Mission sei, der ungünstigen Wirkung des Urtheils sofort entgegenzutreten.

Wie ich dies gethan habe, darüber müssen die Leser meines Artikels urtheilen. Daß Freiherr von Gravenreuth denselben Gehässigkeit vorwirft und andeutet, daß ich Herrn v. Wissmann habe „ärgern" wollen, wird nicht in dem Ruf[e] des Letzteren geschehen sein. Mir widerstrebt es, ein Wort auf solche Beschuldigungen zu antworten.

Bild bei Moers, 22. Juli 1890. F. W. Zahn.

* Ueber einen bayerisch-preußischen Grenzstreit, bei welchem die Frage der Benutzung eines Tisches zwei Commissionen in Thätigkeit versetzt hat, wird aus Kreuznach, 22. Juli, geschrieben:

„Daß Grenzstreitigkeiten mitten im deutschen Vaterlande noch möglich sind, zeigte sich kürzlich an der durch das benachbarte Hüttenthal sich hinziehenden preußisch-bayerischen Grenze. Lange Jahre hindurch waren der preußische und der bayerische Theil des reizenden Thälchens am Fuße des Rheingrafensteins an einen Wirth verpachtet, dem es ganz gleichgiltig blieb, ob er die bauerische Richtung der Grenze kannte oder nicht. In diesem Jahre hielten nun zwei Restaurateure ihren Einzug ins Hüttenthal, indem der eine auf dem preußischen, der andere auf dem pfälzischen Theil des Thales Wirthschaft betrieb. Nach der bisherigen Ansicht ging die Grenze mitten durch einen sattlichen Baum, um dessen Stamm ein runder Tisch angebracht war, dessen eine Hälfte blau-weiß und dessen andere Hälfte schwarz-weiß gestrichen wurde zum Zeichen, daß durch die Grenze der Tisch in eine preußische und eine bayerische Hälfte getheilt werde. Es entstand nun die Frage, welcher von den beiden Wirthen den Tisch benutzen dürfe, und damit war der Grenzzwischenfall geschaffen. Man erhob Vorstellung an amtlicher Stelle und jetzt wurde an Ort und Stelle die Grenzstreitigkeit geschlichtet. Zwei Commissionen waren zu diesem Zweck erschienen, die preußische mit dem Landrath des Kreises Kreuznach, die bayerische mit dem Bezirksamtmann von Kirchheimbolanden an der Spitze. Die Entscheidung fiel für Preußen, dem den preußischen Wirth günstig aus; genaue Messungen ergaben, daß der fragliche Baum mit seinem Stamm ganz auf preußischem Gebiete stehe, mit letzterem aber auch haarscharf die Grenze abschneide, so daß der preußische Wirth doch nur einen halben Tisch anbringen, während der bayerische gar keinen Tisch an den Baum anlehnen darf (?). Auch sonst wurde die Grenzlinie noch verschiedentlich um mehrere Meter zu Gunsten des preußischen Theils erweitert."

* Am Mittwoch Nachmittag tagte im Saalbau zu Neustadt a. H. die zweite Generalversammlung des Evangelischen Bundes. Der in Aussicht genommene Theatersaal reichte nicht zu und mußte die gegen 1000 Mitglieder zählende Versammlung im großen Saale abgehalten werden. Mit einigen herzlichen Worten begrüßte Herr Stadtpfarrer Straub von Neustadt die Versammlung, welche dann die beiden ersten Verse des Luther-Liedes sang. Herr Stadtpfarrer Jung von Zweibrücken, der es übernommen hatte, die Zwecke des Evangelischen Bundes zu erläutern, entledigte sich seiner Aufgabe unter steigender Begeisterung der Mitglieder in meisterhafter Weise. Der zweite Redner, Herr Anwalt Bangratz von Landau, hatte sich die Aufgabe gestellt, nachzuweisen, wie es im Wesen des Ultramontanismus liege, den paritätischen Staat zu bekämpfen. Die von den Diöcesansynoden angenommene Resolution betreffs der Mischehen wurde noch von demselben Redner kurz begründet und alsdann einstimmig angenommen. Der von dem Vorstande des Bundes, Professor Stichter, erstattete Jahresbericht zeigte, daß die dem Evangelischen Bunde zugefügten Schmähungen nur dazu beitragen, die Sache des Bundes zu fördern. In der Pfalz zeigt der Bund ein stetiges Wachsthum. Seine Aufgaben sind zahlreich und wichtig und verlangen daher treues Festhalten. Die hochinteressanten Einzelheiten des Jahresberichtes werden den Mitgliedern des Evangelischen Bundes noch wortgetreu vorgelegt werden, da die Reden bei der Versammlung gedruckt und als Flugschrift unter den Mitgliedern zur Vertheilung kommen werden. Rector Schneider von Neustadt brachte als würdigen Schluß nach einem kurzen Rückblick auf die Verhandlungen ein begeistert aufgenommenes Hoch auf unsern geliebten Prinz-Regenten Luitpold und Kaiser Wilhelm aus.

* * *

* Kaiser Alexander III. hat das Schiedsrichteramt in dem zwischen Frankreich und Holland betreffs der Abgrenzung der beiderseitigen Besitzungen in Guyana schwebenden Streite definitiv angenommen und sind demselben, wie die „Politische Correspondenz" hinzufügt, seitens der dortigen französischen Botschaft und der holländischen Gesandtschaft alle auf den Streitfall bezüglichen Acten zugestellt worden.

* Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureaus" aus Canea hat Djemad-Pascha eine Proclamation erlassen, welche den in den Bergen im Versteck befindlichen Flüchtlingen einen letzten Aufschub von 15 Tagen zur Rückkehr in die Heimath gewährt. In letzter Zeit sollen zahlreiche bewaffnete Banditen verhaftet worden sein.

* Nach einer Verordnung des Kaisers wird im nächsten Jahre an der böhmischen Universität in Prag eine böhmische theologische Facultät errichtet werden.

* Das Teplitzer Stadtverordneten-Collegium beschloß eine Resolution gegen die Wahl Heinrich's als einer absichtlichen Verhöhnung des vom Kaiser selbst in Schutz genommenen Ausgleiches und sprach die Hoffnung aus, daß die deutsche Parteileitung der gerechten Entrüstung unseres Volksstammes über eine so tief verletzende Mißachtung den wirksamsten Ausdruck verleihen werde.

* Die „Tagespost" meldet aus Klagenfurt, daß die Hauptlehrerstelle für Geographie, Geschichte und Deutsch an der dortigen Lehrer-Bildungsanstalt, deren Unterrichtssprache die deutsche ist, mit der ausdrücklichen Betonung ausgeschrieben wurde, daß nur Bewerber mit der Befähigung zum Unterrichte im Slowenischen berücksichtigt werden. Dadurch erscheinen deutsche Bewerber ausgeschlossen. Der Gegenstand war übrigens im Plenum des Landesschulrathes nicht berathen worden.

* Die Mehrzahl der Pariser Blätter nimmt nunmehr in der Angelegenheit der Betheiligung französischer Aerzte an dem internationalen medicinischen Congresse in Berlin gegen die Chauvinisten vom Schlage Fauvel's Stellung. Das Organ Jules Ferry's, „L'Estafette", schreibt in dieser Beziehung:

Herr Dr. Huchard war der Ansicht, daß die französischen Aerzte an dem internationalen medicinischen Congresse in Berlin theilnehmen müßten. Er gab hierfür ausgezeichnete Gründe an. Mit einem Male macht er Rückzug, weil er erfahren hat, daß der Congreß von Herrn Virchow präsidirt würde, welcher sich nach unserer Niederlagen von 1871 sehr streng über die französische Nation geäußert hatte. Die Schwenkung des Herrn Huchard scheint uns nicht gerechtfertigt. Der Berliner Congreß wird die Spitzen der Aerzte Europas versammeln; Frankreich, welches in der wissenschaftlichen Bewegung obenan schreitet, muß daselbst vertreten sein, wie es auch auf dem Congresse der socialen Frage vertreten war. Wenn Herr Professor Virchow sich unter dem Vorwande psychologischer Studien unserem Lande gegenüber einst ungerecht gezeigt hat, dann desto schlimmer für ihn. Seine Psychologie hat uns keineswegs gehindert, uns aus unseren Ruinen zu erheben, unsere Wunden zu verbinden und uns eine Armee zu geben, die stark genug ist, um uns Achtung zu verschaffen. Wenn unsere Gelehrten sich weigerten, nach Berlin zu gehen, weil Herr Virchow in einer Schrift Frankreich übel mitgenommen hat, so würden sie, ob sie wollen oder nicht, die berüchtigte Heldenthat der Camelots wiederholen, welche sich der Aufführung von „Lohengrin" widersetzten unter dem Vorwande, daß Wagner einst die Franzosen beschimpft hat. Die Gelehrten würden ihren Ruf als erste Männer gefährden, wenn sie derartigen Erwägungen folgten. Sie werden nach einer nicht allzu langen Ueberlegung erachten, daß mehr Patriotismus darin liegt, nach Berlin zu gehen und die Ueberlegenheit (!) der französischen Wissenschaft zu bekunden, als durch die Enthaltung gegen eine alte Aeußerung des Herrn Virchow zu protestiren. Dieser hat übrigens einen Brief geschrieben, welcher genügen sollte, alle Zögernden zu bestimmen. Nach seiner ganz freiwilligen Erklärung hätten demnach unsere Aerzte gar keinen Vorwand mehr, um ihre Enthaltung unter Umständen zu rechtfertigen, wo es sich darum handelt, Fragen zu erörtern, welche nicht gewisse Nationen, sondern die ganze Menschheit angehen."

* Im französischen Senat interpellirte Senator Wallon wegen der Beschlüsse betreffs Benennung von Straßen in Paris und verwahrte sich namentlich gegen den einer Straße in Paris beigelegten Namen Danton's als Urhebers der Septembergräuel während der Revolution. Minister Constans vertheidigte den bezüglichen Beschluß, indem er hervorhob, daß 26 Provinzstädte den Namen Danton zur Bezeichnung von Straßen verwendet hätten und in Bar sur Aube dem Danton eine Statue errichtet worden sei. Nach einer Entgegnung Lareinty's, welcher gegen jede Vertheidigung des Mordes in der Vergangenheit und Zukunft protestirte, wurde der Zwischenfall geschlossen. Der Senat wird sich Montag vertagen.

* Der gegenwärtige Stand der Choleraseuche weist drei Infectionsherde auf: die spanische Provinz Valencia, den Rothe-Meer-Hafen Gamaran und das mesopotamische Tiefland. Ueber den Entwickelungsgang der Epidemie auf